

Wirtschaftspolitik in Frankreich mit neuen Akzenten — Entschärfung der Arbeitsmarktkrise durch beschäftigungspolitische Doppelstrategie?	931
Anteil der Arbeitseinkommen in fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union seit 1980 rückläufig	937

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 48/97

Berlin

Slöglin

27. November 1997

64. Jahrgang

Wirtschaftspolitik in Frankreich mit neuen Akzenten — Entschärfung der Arbeitsmarktkrise durch beschäftigungspolitische Doppelstrategie?

Der Wechsel in der französischen Regierung im Sommer dieses Jahres ist vor allem auf die schlechte Arbeitsmarktlage zurückzuführen. Der vorherigen Regierung war es wegen der schwachen konjunkturellen Entwicklung nicht gelungen, ihre beschäftigungspolitischen Wahlversprechen einzulösen. Mit der Umsetzung des Wahlslogans vom „Anders regieren“ versucht die Regierung jetzt neue Akzente zu setzen. Dabei soll einerseits das Wirtschaftswachstum durch Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage gefördert werden. Andererseits werden Maßnahmen zur Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit ergriffen. Wegen des in Frankreich besonders virulenten Problems der Jugendarbeitslosigkeit wurden zudem gezielt Arbeitsmarktprogramme in Angriff genommen, die hier rasch Entlastung bringen sollen.

Ob dieser Politik ein Erfolg beschieden sein wird, ist derzeit noch weitgehend offen. Sie steht nämlich unter der Restriktion, den Abbau der Verschuldung der öffentlichen Haushalte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, insbesondere im Bereich der Sozialversicherung, voranzutreiben. Darüber hinaus wird viel von der Reaktion der Tarifpartner abhängen. Die partielle Blockade von Gesprächen der Regierung mit den Gewerkschaften durch die Arbeitgeberseite ebenso wie die jüngsten Streiks, die auch Unmut gegenüber der Regierung zum Ausdruck bringen, zeigen, daß hier noch vielfältige Probleme zu überwinden sind.

In den letzten zwanzig Jahren lag die standardisierte Arbeitslosenquote Frankreichs stets deutlich über derjenigen Deutschlands, bis 1986 allerdings immer noch unter der der Europäischen Union insgesamt. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war die Quote zeitweise zurückgegangen, jedoch weniger stark als im Durchschnitt der anderen EU-Länder. Mit Beginn der neunziger Jahre ist die Arbeitslosigkeit in Frankreich erneut stark gestiegen und hat zuletzt mit über 12½ vH einen neuen Höchststand erreicht (Abbildung 1).

Ähnlich wie in anderen Ländern ist es der französischen Wirtschaft nicht gelungen, nach der Rezession von 1993 auf einen Pfad kräftigen Wachstums zurückzukehren, und dies, obwohl die Schwächephase von 1991 bis 1993 beson-

ders ausgeprägt gewesen war. Frankreich hatte in dieser Phase versucht, seinen Wechselkurs zur D-Mark zu halten, obwohl die Erwartungen an den Märkten auf eine Abwertung ausgerichtet waren. Daher waren trotz einer viel höheren Arbeitslosenquote weit höhere Zinsen als in Deutschland die Folge (Abbildung 2). Die Finanzpolitik war dieser restriktiven Geldpolitik nur in begrenztem Maße entgegengetreten. Auch in den folgenden Jahren waren wirtschaftspolitische Ausrichtung und Entwicklung in vieler Hinsicht ähnlich wie in Deutschland. Das Niveau der Arbeitslosigkeit blieb allerdings ständig höher als in Deutschland; lediglich im Gefolge des kurzen kräftigen Aufschwungs im Verlaufe des Jahres 1994 ging die Arbeitslosenquote — wie auch in Deutschland — leicht zurück.

Das angesichts einer geldpolitischen Restriktion in den USA rasch steigende langfristige reale Zinsniveau führte jedoch 1995 — wie in den meisten anderen Industrieländern — zu einer spürbaren konjunkturellen Abschwächung und damit zu einem Ende der positiven Arbeitsmarktentwicklung. Hinzu kam die starke Aufwertung des Franc, die die Exportindustrie traf. Verschärft wurde die Situation noch dadurch, daß paradoxerweise während der Währungsturbulenzen im Frühjahr 1995 die kurzfristigen Zinsen noch angehoben werden mußten, um eine Abwertung des Franc gegenüber der D-Mark zu vermeiden. Nach der Rückbildung der realen Aufwertung und angesichts des wieder niedrigeren Zinsniveaus hat sich die Konjunktur im Verlaufe des Jahres 1996 allmählich erholt (Abbildung 3), langsamer allerdings, als dies von der Regierung erwartet worden war.

Die Finanzpolitik blieb trotz der Wachstumsabschwächung auf die Erreichung der Maastrichter Konvergenzkriterien ausgerichtet. Als sich Ende 1995 abzeichnete¹, daß mit den bisherigen Budgetmaßnahmen das Defizitkriterium von 3 vH entsprechend den Referenzwerten des

Abbildung 1

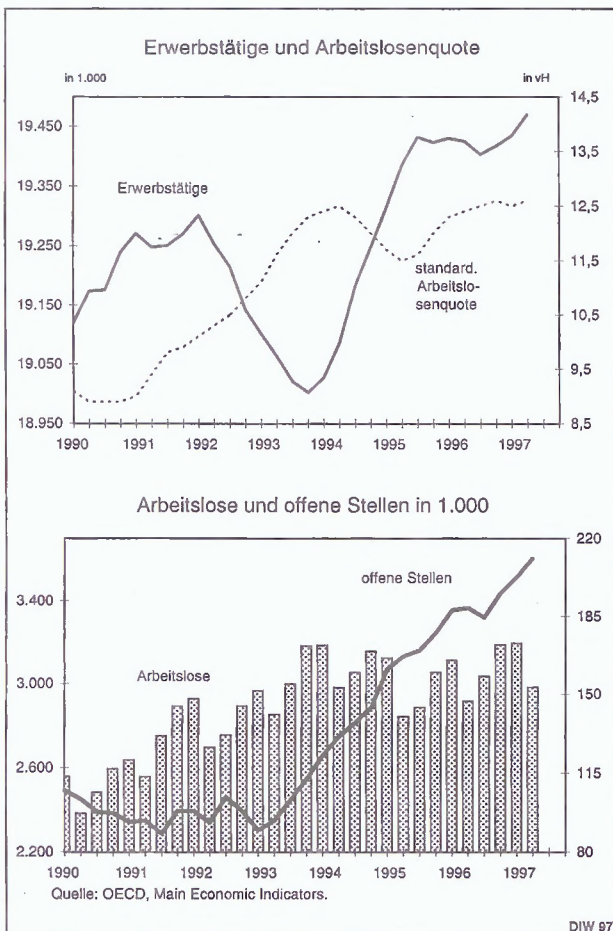
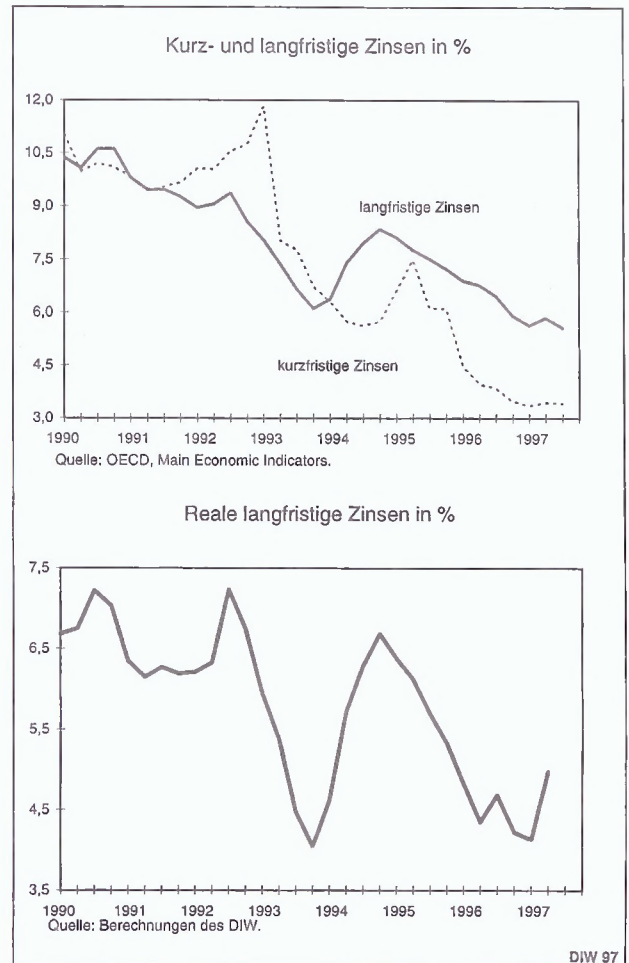


Abbildung 2



Maastricht-Vertrages bis 1997 nicht zu realisieren sein würde, sah sich die Regierung zum Handeln gezwungen. Die grundlegend überarbeitete mittelfristige Finanzplanung und der neu vorgelegte Staatshaushaltsplan einschließlich Sozialversicherung bedeuteten den Abschied von der Illusion, man könne im Zuge eines kräftigen Aufschwungs gleichzeitig Abgaben und Steuern verringern, die staatlichen Sozialleistungen wesentlich verbessern und das Haushaltsdefizit reduzieren. Mit den damals beschlossenen tiefgreifenden Veränderungen im Sozialsystem, die sowohl Einsparungen bei den Leistungen als auch neue Finanzierungsmittel vorsahen, wurde zwar ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung geleistet; damit konnte aber die Regierung viele Wahlversprechen nicht einlösen. Die Enttäuschung der Wähler konnte die Regierung Juppé nicht mehr kompensieren, zumal es nicht gelang, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

¹ Vgl. Kann Frankreich die Maastricht-Kriterien erfüllen? Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 49/1995.

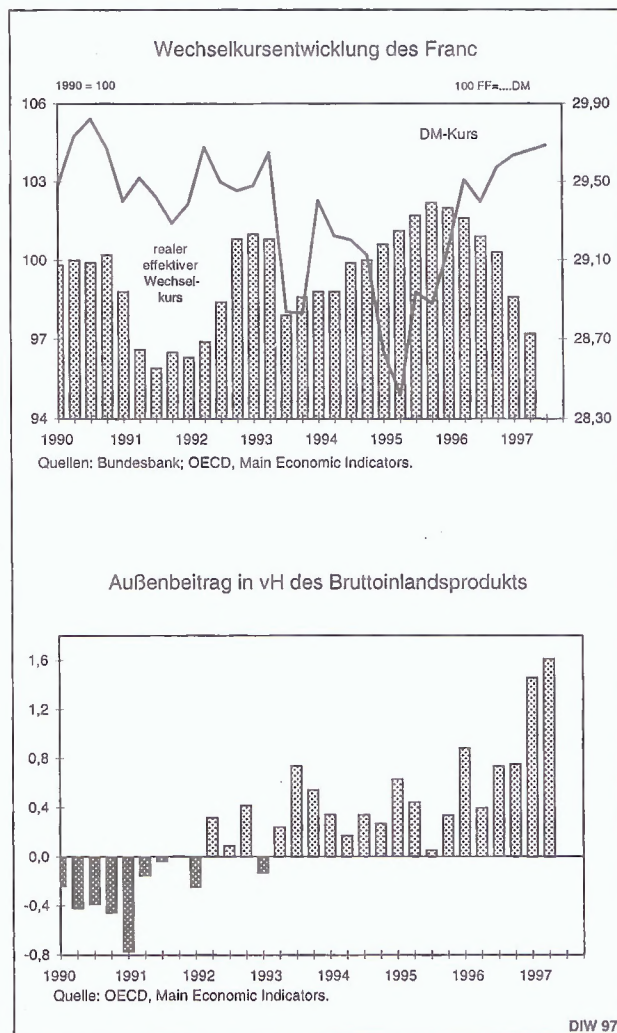
Weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage seit 1995

Nach der vorübergehenden Erholung im Gefolge des Aufschwungs von 1994 hat sich die Lage am Arbeitsmarkt seit 1995 zugespitzt. Während die Zunahme der Erwerbsbevölkerung in den neunziger Jahren im Jahresdurchschnitt eine Größenordnung von einem halben Prozentpunkt bzw. rund 200 000 Personen hatte, nahm die Zahl der Erwerbstätigen 1995/96 sogar leicht ab; erst 1997 kam es zu einer Wende. Dem entsprach eine bis zum Herbst dieses Jahres saisonbereinigt noch leicht steigende Arbeitslosenquote von zuletzt etwas über 12½ vH. In der Industrie und im Baubereich gab es einen kräftigen Rückgang der Arbeitsplätze, während der Dienstleistungsbereich einen Zuwachs zu verzeichnen hatte. Ähnlich wie in Deutschland und im Durchschnitt der Europäischen Union lag dabei die Arbeitslosenquote bei den Frauen in den letzten Jahren um etwa 3 vH-Punkte höher als bei den Männern; die Zahl der Teilzeitbeschäftigten war mit rund 16 vH der Beschäftigten

in allen drei Regionen ähnlich hoch, und auch die Erwerbsquoten (in Prozent der Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren) wichen mit jeweils etwas unter 70 vH nur wenig voneinander ab. Ein entscheidender Unterschied in der Struktur der Arbeitslosigkeit ergibt sich allerdings bei der Jugendarbeitslosenquote: Hier lag der Anteil mit rund 27 vH im Jahre 1995 etwa dreimal so hoch wie in Deutschland und auch spürbar höher als im Durchschnitt der Europäischen Union (21,5 vH)².

Zur Beurteilung der Beschäftigungslage reicht es allerdings nicht aus, die Zahl der Beschäftigten zu betrachten. Wegen beträchtlicher internationaler Unterschiede in der Zahl der pro (abhängig) Beschäftigten jährlich geleisteten Arbeitsstunden ist auch deren Entwicklung in die Analyse miteinzubeziehen. Dabei zeigt sich, daß diese Stundenzahl im Unterschied zu Deutschland seit 1994 nicht gefallen, sondern sogar um mehr als einen halben Prozentpunkt gestiegen ist. In längerfristiger Betrachtung (1983-1996) ist die Stundenzahl pro abhängig Beschäftigten in (West-) Deutschland um annähernd 12 vH, in Frankreich dagegen nur um etwa 2 vH zurückgegangen³. In Frankreich wurde die durchschnittliche Arbeitszeit also deutlich weniger reduziert als in Deutschland.

Abbildung 3



Maßnahmen zur Wachstumsförderung

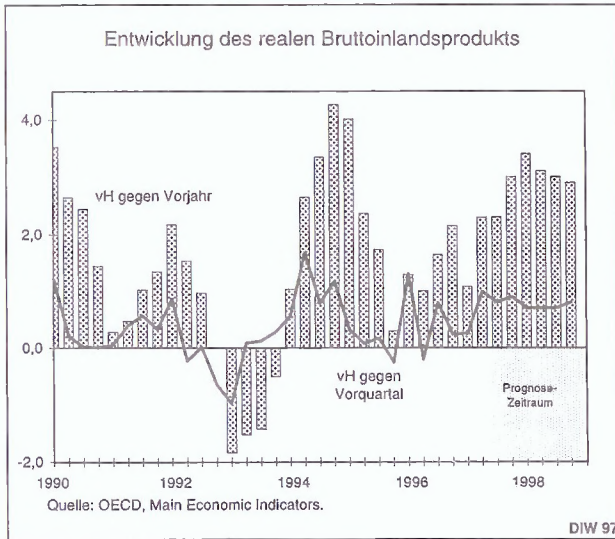
Entscheidend für die unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre war ein zu schwaches Wirtschaftswachstum. Bei nur geringen Schwankungen der Jahresarbeitszeit pro Beschäftigten entsprach die Entwicklung der Beschäftigtenzahl grosso modo dem Wachstumszyklus. Bei einem durchschnittlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität von etwa 2 vH und einer demographisch bedingten Zunahme der Erwerbsbevölkerung von durchschnittlich etwa ½ vH wäre über einen längeren Zeitraum ein Wachstum von deutlich über 2½ vH erforderlich, um die Zahl der Arbeitslosen zu verringern bzw. die Beschäftigtenzahl zu erhöhen. Tatsächlich lag die Wachstumsrate seit 1980 mit Ausnahme der Jahre 1988/89 und 1994 ständig darunter, im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1996 bei 1,9 vH.

Zwar zeichnet sich für 1997/98 eine leichte Verbesserung der konjunkturellen Lage ab (Abbildung 4), jedoch bleiben die Schwachpunkte der Konjunktorentwicklung vorerst noch bestehen. Der private Verbrauch leidet immer noch unter einem geringen Anstieg der verfügbaren Einkommen, die Budgetpolitik bleibt restriktiv, und die Unternehmensinvestitionen steigen nur sehr verhalten. Allein die außenwirtschaftliche Entwicklung stimuliert nach der Normalisierung des Wechselkurses wie in Deutschland das Wachstum wieder spürbar. Exporterfolge werden vor allem gegenüber den USA, Italien und Großbritannien, aber auch den meisten anderen EU-Ländern erzielt.

² Alle Angaben aus: Europäische Kommission, Beschäftigung in Europa 1996.

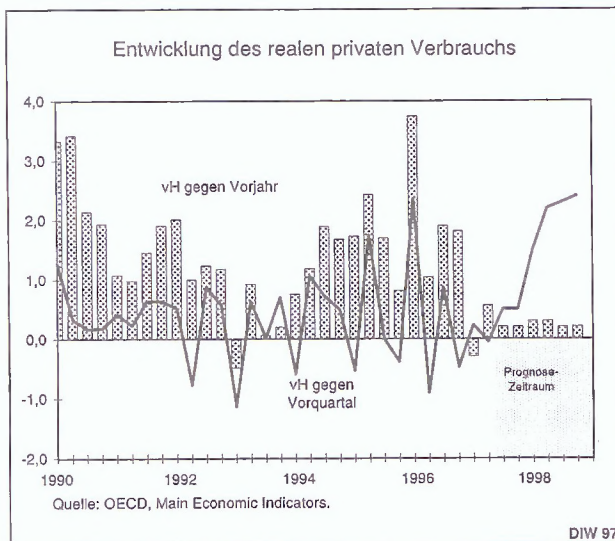
³ Vgl. OECD, Employment Outlook 1997, S. 179.

Abbildung 4



Angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage und der nur mäßigen konjunkturellen Entwicklung sah sich die neugewählte Regierung der Linken zu raschen wirtschaftspolitischen Entscheidungen gezwungen. Dies führte zu ad-hoc-Maßnahmen vor allem im arbeitsmarktpolitischen Bereich, zu verschiedenen Ansätzen zur Wachstumsförderung und schließlich zu einer mittel- bis längerfristig ausgerichteten Strategie einer Arbeitszeitverkürzung, wobei in diesem Bereich zunächst auch die Politik der Vorgängerregierung in veränderter Form fortgeführt wurde. Bei alledem wurde kein Zweifel daran gelassen, daß sich die neue Regierung den Zielen des Maastricht-Vertrages verpflichtet sieht. Allerdings soll die Einführung des Euro mit wachstums- und beschäftigungspolitischen Signalen ver-

Abbildung 5



bunden werden; in diesem Zusammenhang sind auch die französische Initiative zur Einführung eines Beschäftigungskapitels in den Vertrag von Amsterdam und der jüngste Beschäftigungsgipfel zu sehen.

Die neue Politik setzt nicht mehr ausschließlich auf angebotspolitische Rezepte, insbesondere die einseitige Betonung von Ausgabenkürzungen und Lohnkostensenkungen, sondern hebt die Rolle der Nachfrage gleichberechtigt hervor. Die Möglichkeiten des Staates zur unmittelbaren Nachfragestimulierung werden freilich als relativ gering eingeschätzt, sollen doch die fiskalpolitischen Kriterien eingehalten werden.

Eine der neuen Strategien zur Überwindung der Nachfrageschwäche besteht darin, die Kaufkraft der privaten Haushalte zu stärken, nachdem die Nachfrageexpansion in diesem Jahr spürbar zurückgegangen ist (Abbildung 5). Dabei wurden indirekte Maßnahmen wie die Senkung von Sozialabgaben und die Umschichtung bei der Finanzierung der Krankenversicherung zugunsten der Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ebenso wie direkte Maßnahmen wie die Verordnung zur Erhöhung der Mindestlöhne um 4 vH (für etwa 2,2 Millionen Beschäftigte) unmittelbar nach Regierungsantritt in Kraft gesetzt. Derartige Ansätze stehen aber in der Regel im Konflikt mit dem Erfordernis, kurzfristig ein hohes Maß an finanzieller Stabilität im Hinblick auf die fiskalpolitischen Maastricht-Kriterien zu gewährleisten. Um gleichzeitig Einsparungen auf der Ausgabenseite zu erzielen, wurden aber auch soziale Leistungen — im Bereich des Gesundheitswesens und des Familienlastenausgleichs — stärker einkommensabhängig ausgestattet und damit gekürzt.

Zur Verringerung des Defizits in der Sozialversicherung wird darüber hinaus die Sozialsteuer (CSG)⁴ um 4,1 Prozentpunkte auf 7,5 vH angehoben; für Rentempfänger und Arbeitslose beträgt die Erhöhung nur 2,8 Prozentpunkte. Gleichzeitig werden die Beiträge der Arbeitnehmer zur Krankenkasse weitgehend auf die CSG umgelegt, so daß die Arbeitnehmerbeiträge nur noch 0,75 statt 5,5 vH des Lohns betragen. Da die CSG auf alle Einkommensarten erhoben wird, tragen die Vermögensbesitzer, deren Kapitaleinkünfte jetzt mit 25 statt 20,9 vH besteuert werden, in erheblich stärkerem Maße als bisher zur Finanzierung der Sozialausgaben bei, und die Arbeitnehmer werden netto entlastet. Zur Entlastung der staatlichen Budgets werden ferner zahlreiche Steuervergünstigungen gestrichen, und die Mineralölsteuer wird um 8 Centimes je Liter erhöht. Bereits im Juli dieses Jahres wurde die Körperschaftsteuer für Unternehmen vorübergehend von 36,6 auf 41,6 vH heraufgesetzt.

Insgesamt könnte die Rechnung aufgehen, mit diesen Maßnahmen die Konsumneigung zu stärken, da davon vor

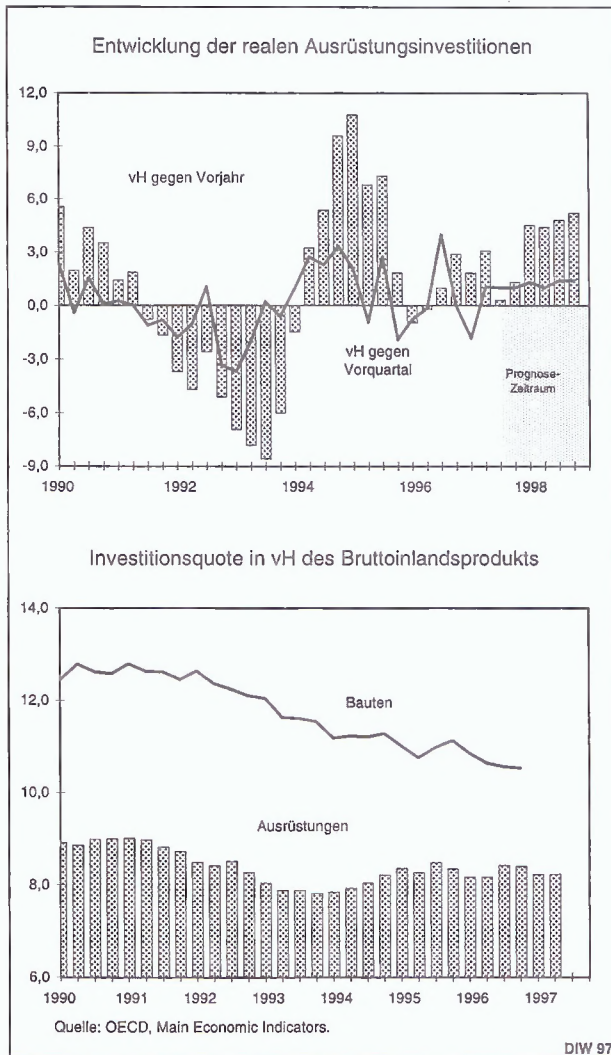
⁴ Contribution Sociale Généralisée; diese wird auf 95 % des Bruttoeinkommens der Beschäftigten sowie — mit gewissen Freibeträgen — auch auf alle weiteren Einkommensarten erhoben.

allem besserverdienende Haushalte betroffen sind, deren Sparquote höher ist. Ob damit die Absatzerwartungen der Unternehmen und deren bisher mäßige Investitionsneigung gefestigt werden (Abbildung 6), ist derzeit noch offen. Die finanzielle Situation und die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen sind im internationalen Vergleich gut. Seit Jahren liegt der Anstieg der Lohnstückkosten unter dem europäischen Durchschnitt; zugleich bleibt er hinter dem Preisanstieg in Frankreich zurück. Dabei hat sich die Reallohnposition⁵ Frankreichs seit den achtziger Jahren deutlich verschlechtert. Per saldo dürfte die Politik der neuen Regierung das Wachstum leicht stimulieren; hierfür sprechen auch verbesserte Umfrageergebnisse und Stimmungsindikatoren.

Gezielte Programme für jugendliche Arbeitslose

Mit Sorge wird in Frankreich seit langem die im internationalen Vergleich besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit

Abbildung 6



betrachtet. Als Gründe hierfür werden zumeist zwei Faktoren genannt: zu hohe Mindestlöhne (je nach Fall etwa 1 700 bis 2 000 DM) einerseits, Qualifikationsmängel im Hinblick auf das Niveau der Ausbildung oder die Anforderungen des Berufsbildes andererseits. Entsprechende empirische Studien lassen allerdings keine eindeutigen Schlüsse zu⁶. Vielmehr hängt auch die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit offenbar in erster Linie vom Wirtschaftswachstum ab. Es ist allerdings zu fragen, ob Maßnahmen bzw. Programme, die speziell auf die Jugendlichen ausgerichtet sind, deren Arbeitslosigkeit dauerhaft senken können. Seit den siebziger Jahren haben sich die Ausgaben hierfür vervielfacht, und immer wieder wurden neue Programme entwickelt, ohne daß sich die Situation entscheidend verbessert hat.

Dennoch hat die Regierung ein Wahlversprechen abgegeben, in den kommenden drei Jahren 700 000 öffentlich finanzierte oder geförderte Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen, die je zur Hälfte im privaten und im öffentlichen Sektor entstehen sollen. Die neuen Jobs im öffentlichen Sektor sollen Ganztagsarbeitsplätze mit einer Vertragsdauer von fünf Jahren und einer Bezahlung nach dem Mindestlohn (im öffentlichen Sektor knapp 2 000 DM) sein. Um zu vermeiden, daß diese neuen Arbeitsplätze in Konkurrenz zu bestehenden Berufsgruppen geraten, wurden insgesamt 22 neue Berufsbilder definiert, darunter Hilfslehrer, Schulaufseher, Polizeihelfer sowie Sicherheitsdienste im allgemeinen, Altenpflegeassistenten usw.

Die Nettokosten für diesen „staatlichen Teil“ des Programms sollen sich auf jährlich rund 20 Mrd. FF (etwa 6 Mrd. DM) belaufen. Noch unklar ist, wie und mit welcher Förderung weitere 350 000 Arbeitsplätze im Privatsektor geschaffen werden sollen. Die Regierung will zudem den Vorruhestand für Beschäftigte mit mindestens 40 Jahren Beitragszahlung zur Sozialversicherung forcieren, um Arbeitsplätze freizumachen. Allerdings wird das Potential nur auf etwa 100 000 mögliche Vorruheständler geschätzt. Alles in allem bleibt das Programm „emploi-jeunes“ — wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im allgemeinen — hinsichtlich der dauerhaften Schaffung von Arbeitsplätzen problematisch, dürfte aber in den nächsten Jahren zunächst für eine Entschärfung der sozialen Spannungen in diesem prekären Teilbereich des Arbeitsmarktes sorgen.

Mehr Beschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung?

Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern haben sich in Frankreich seit den achtziger Jahren weder die Zahl der jahresdurchschnittlich je abhängig

⁵ Prozentuale kumulierte Abweichung zwischen Reallohnwachstum (gemessen als Bruttoeinkommen je geleistete Beschäftigtenstunde, preisbereinigt mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts) und Produktivitätswachstum (gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde).

⁶ Vgl. C. Bruneau, S. Cazes: Le chômage des jeunes en France. In: Revue de l'OFCE, Paris, Juli 1997, S. 75-108.

Beschäftigten geleisteten Arbeitsstunden noch die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit spürbar verringert. Im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosenzahl hat dies die neue Regierung veranlaßt, mittelfristig eine erhebliche Reduzierung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit — von 39 auf 35 Stunden — durchzusetzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wie das Beispiel anderer Länder, insbesondere der Niederlande, zeigt, ist es grundsätzlich möglich, die Zahl der Beschäftigten durch Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit spürbar zu erhöhen.

Die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung hängt allerdings in erheblichem Maß von deren Ausgestaltung ab, wobei die Frage einer möglichen Lohnkompensation von besonderer Bedeutung ist. Inzwischen hat die Regierung die wichtigsten Modalitäten des allmählichen Übergangs zur regulären 35-Stunden-Woche festgelegt. Nach dem Gesetz, das am 15. Dezember im Parlament zur Abstimmung steht, soll dieser Übergang spätestens am 1. Januar 2000 vollzogen sein. Unternehmen, die die Arbeitszeit um 10 vH reduzieren und zugleich ihre Beschäftigtenzahl um 6 vH erhöhen, können im kommenden Jahr ihre Sozialabgaben je Beschäftigten um 9 000 FF (etwa 2 700 DM) verringern. Dieser Abschlag verringert sich jährlich um 1 000 FF bis auf 5 000 FF im Jahre 2002. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei einer Arbeitszeitverkürzung von 15 vH mit einer zusätzlichen Bereitstellung von Arbeitsplätzen in Höhe von 9 vH eine weitere Vergünstigung von 4 000 FF je Beschäftigten zu erhalten.

Insgesamt stellt das Gesetz eine erhebliche Ausweitung der schon von der Vorgängerregierung beschlossenen Maßnahmen zur Förderung der Teilzeit bzw. Arbeitszeitverkürzung („Robien-Gesetz“) dar, in deren Rahmen es bei Inanspruchnahme bereits zu einer Senkung der Sozialabgaben für die Unternehmen kommt. Strittig ist immer noch die Frage der Höhe des Lohnausgleichs. Forderte das Wahlprogramm noch einen Übergang zur 35-Stunden-Woche ohne Lohneinbußen, so ist die Regierung hiervon inzwischen abgerückt. Die Arbeitgeberverbände haben sich zwar noch nicht festgelegt, scheinen aber zu einer Teilkompensation aufgrund der erwarteten Produktivitätsgewinne (die freilich auch eine gewisse Verringerung positiver Beschäftigungseffekte bedeuten) und der staatlichen Förderung bereit. Eine größere Runde von neuen Lohnab-

schlüssen, in deren Rahmen auch die Frage der Kompensation diskutiert werden dürfte, steht für den Herbst 1998 bevor. Da der Übergang zur 35-Stunden-Woche zum 1. Januar 2000 ohnehin gesetzlich festgelegt wird, dürfte es für viele Unternehmen interessant sein, im Vorfeld noch von den Vergünstigungen zu profitieren.

Soweit eine Umschichtung von Einkommen der Beschäftigten zugunsten von Arbeitslosen stattfindet — wobei auch der Staat bzw. die Arbeitslosenversicherung entlastet werden —, dürfte wegen der höheren Konsumneigung bei Haushalten mit niedrigeren Einkommen eine Zunahme des privaten Verbrauchs — zumindest aber eine Stabilisierung — bewirkt werden. Der Widerstand vieler Beschäftigter, Arbeit und Lohn mit bisherigen Arbeitslosen zu teilen, wird letztlich dank fiskalischer Anreize an die Unternehmen, die einen partiellen Lohnausgleich ermöglichen, verringert. Freilich erhöhen sich zunächst auch die staatlichen Ausgaben. Mittelfristig hofft man allerdings auf eine erhebliche Selbstfinanzierung bzw. relativ geringe Nettokosten dieser Maßnahmen. Mit dem Anstieg der Beschäftigtenzahl fallen Ersparnisse in der Arbeitslosenversicherung und in den sonstigen Programmen der Arbeitsmarktpolitik an. Damit könnte mittelfristig eine weitere Entlastung auch der Unternehmen bei den Sozialabgaben möglich werden.

Fazit

Die französische Wirtschaftspolitik weist seit dem Sommer eine Reihe neuer Akzente auf. Die Arbeitsmarktpolitik i.e.S. konzentriert sich auf eine Entschärfung des zur Zeit größten Problems, der Jugendarbeitslosigkeit. Ein strategisch wichtiges Element der „neuen“ Wirtschaftspolitik ist eine erstmals seit langer Zeit wieder forcierte Politik der Arbeitszeitverkürzung, deren Umsetzung durch staatliche Anreize gefördert wird. Sie entspringt nicht zuletzt der Überzeugung, daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts in den kommenden Jahren nicht so kräftig ausfallen werden, daß ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Dann kann eine Verkürzung der Arbeitszeit zumindest die gesellschaftlich bedenkliche Spaltung zwischen Vollbeschäftigten einerseits und „Vollarbeitslosen“ andererseits mildern.

Anteil der Arbeitseinkommen in fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union seit 1980 rückläufig

In diesem Bericht wird die Entwicklung der Lohn- und Arbeitseinkommensquote in den aktuellen Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) dargestellt¹. Nachrichtlich werden Vergleichsdaten für Japan und die Vereinigten Staaten ausgewiesen². Herangezogen wurden Statistiken der OECD³ und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes⁴. Im Durchschnitt der EU-Länder nahm der Anteil der Arbeitnehmer an den gesamten Erwerbstätigen im Zeitraum 1980 bis 1984 ab; danach ist die Arbeitnehmerquote — mit geringfügigen Schwankungen — bis 1992 gestiegen und verharrte seitdem bei etwa 83,5 vH. Im gesamten Untersuchungszeitraum ist der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (einschl. der Arbeitseinkommen der Selbständigen) an der Nettowertschöpfung nahezu kontinuierlich zurückgegangen, von 87,5 vH auf 79,4 vH. Dennoch hat sich die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt von 1980 bis 1996 auf 10,9 vH nahezu verdoppelt.

Entwicklung der Arbeitnehmerquote

Deutschland

In Westdeutschland hat der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen über lange Zeit hinweg zugenommen. In den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit stieg die Zahl der Arbeitnehmer kräftig, und die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ging stark zurück. Vor allem in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch im produzierenden Gewerbe sowie im Handel gaben „Grenzunternehmer“ ihre Selbständigkeit auf und wechselten in eine abhängige Beschäftigung. 1950 übten in Westdeutschland rund 13 Mill. Personen eine unselbständige und 6 Mill. eine selbständige Tätigkeit aus; bis 1969 ist die Zahl der Arbeitnehmer auf 22 Mill. gestiegen, die der Selbständigen und Mithelfenden auf 5 Mill. gesunken. Die Arbeitnehmerquote erhöhte sich von 67,7 vH (1950) auf 82,4 vH (1969)⁵.

In den siebziger und achtziger Jahren setzte sich der Strukturwandel in der Erwerbstätigkeit Westdeutschlands abgeschwächt fort. In diesem Zeitraum hat die Erwerbstätigkeit der Frauen deutlich zugenommen; diese stellten 1970 34 vH, 1989 40 vH aller Erwerbstätigen. Eine Rolle spielte auch der Zustrom ausländischer Arbeitnehmer in diesem Zeitraum. Die Arbeitnehmerquote nahm von 83,4 vH (1970) auf 89,1 vH (1989) zu. Bis 1992 stieg sie dann auf 89,6 vH — ihren bisherigen Höchststand. In den letzten Jahren hat der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen in Westdeutschland abgenommen.

Die westdeutsche Arbeitslosenquote kletterte von 0,6 vH (1970) auf 7,1 vH (1985), ging aber bis zur deutschen Vereinigung wieder auf 4,8 vH zurück. In den neunziger Jahren ist die Arbeitslosenquote wieder beträchtlich gestiegen.

In Ostdeutschland ist die Zahl der Arbeitnehmer im Zuge des massiven Arbeitsplatzabbaus drastisch gesunken, von 9,6 Mill. (1989) auf 5,7 Mill. (1993). 1994 und 1995 erhöhte sie sich zwar leicht, doch im letzten Jahr hat es erneut einen Rückgang gegeben. Demgegenüber nahm die Zahl

der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen in Ostdeutschland seit der „Wende“ beträchtlich zu — sie hat sich in wenigen Jahren mehr als verdreifacht⁶. Die Arbeitnehmerquote sank drastisch von 97,1 vH (1990) auf 91,4 vH (1996), und vor allem auf diesen starken Rückgang ist es zurückzuführen, daß die gesamtdeutsche Arbeitnehmerquote in dieser Periode von 91,2 vH auf 89,4 vH zurückging. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen lag in Gesamtdeutschland im vergangenen Jahr über der Quote, die 1980 in Westdeutschland registriert worden war.

Übrige Länder der Europäischen Union

In fast allen anderen Mitgliedsstaaten der EU hat die Arbeitnehmerquote über die achtziger und neunziger Jahre hinweg tendenziell ebenfalls zugenommen. Vor allem in Spanien haben die Arbeitnehmer anteilmäßig gewonnen — dort wurde ein großer Teil der Arbeitsmarkt-

¹ Die EU besteht aus den sechs „ursprünglichen“ Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1958 (Belgien, Westdeutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) sowie den später hinzugekommenen Mitgliedsländern Dänemark, Großbritannien und Nordirland, Irland (1973), Griechenland (1981), Portugal, Spanien (1986), Finnland, Österreich, Schweden (1995).

² Eine Untersuchung mit ähnlichem Thema wurde veröffentlicht von Manfred Teschner: Vergleichende Betrachtung der Einkommensverteilung in den großen westlichen Industrieländern. In: Konjunkturpolitik, Sechstes Heft 1991, S. 373 ff.

³ National Accounts, Main Economic Indicators, Economic Outlook, Quarterly Labour Force Statistics. Ergebnisse unterschiedlicher Rechenstände wurden vergleichbar gemacht.

⁴ Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1996, Hauptbericht.

⁵ Die Ausdehnung der Bundesstatistik auf das Saarland und Berlin-West hat für das Jahr 1960 zu einer Anhebung der Arbeitnehmerquote um 0,6 vH-Punkte geführt.

⁶ Vgl. Rainer Wasilewski (Projektleitung), Willi Oberlander, Uli Fell, Natalie Müller (Projektbearbeitung): Freie Berufe in den neuen Bundesländern. Nürnberg 1995.

Tabelle 1

Arbeitnehmerquoten¹⁾ in den Mitgliedsländern der Europäischen Union
in vH

Jahr	Belgien	Dänemark	Deutschland ²⁾	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Irland	Italien
1980	83,6	84,9	88,3	81,0	84,2	49,7	91,5	74,5	74,3
1981	83,2	85,2	88,4	81,3	84,4	48,1	90,8	75,4	74,3
1982	82,9	85,6	88,4	81,4	84,7	49,1	90,4	75,2	74,8
1983	82,4	86,0	88,4	81,6	84,9	48,4	89,6	74,5	74,1
1984	82,2	86,6	88,4	81,3	85,1	49,1	88,3	74,4	73,8
1985	82,2	87,2	88,5	81,3	85,4	49,3	88,0	74,7	74,6
1986	82,1	87,6	88,6	81,3	85,7	49,3	87,6	75,6	74,6
1987	82,0	87,9	88,9	82,4	85,9	49,9	86,6	74,7	75,1
1988	82,1	88,2	89,0	83,3	86,3	50,5	86,2	74,2	75,6
1989	82,1	88,6	89,1	83,1	86,7	51,4	85,4	73,5	76,2
1990	82,1	89,0	89,4	83,0	87,1	52,4	85,5	73,2	76,2
1991	81,9	89,3	90,6	83,1	87,4	53,2	85,8	74,7	76,2
1992	81,7	89,3	90,3	82,9	87,8	52,6	86,1	76,1	76,4
1993	81,2	89,3	90,0	82,4	88,0	53,3	86,2	76,3	76,3
1994	80,9	89,5	89,7	82,1	88,3	53,2	85,9	76,8	76,4
1995	80,8	89,8	89,6	81,8	88,7	53,9	86,1	76,7	76,2
1996	80,7	89,9	89,4	82,2	88,9	54,4	86,4	76,2	75,7
Jahr	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien	EU-Länder zusammen	Nachrichtlich: Japan USA	
1980	86,2	82,7	85,2	66,5	91,6	68,1	82,2	71,7	92,5
1981	87,0	82,5	85,4	67,7	92,0	67,9	82,0	72,3	92,3
1982	87,2	81,8	85,5	68,9	91,8	68,0	82,1	72,7	91,5
1983	87,2	81,3	85,5	68,8	92,1	67,5	81,8	73,4	91,0
1984	87,5	81,0	85,9	67,5	92,5	66,8	81,5	74,0	91,4
1985	88,3	81,7	86,2	67,7	94,1	67,4	81,8	74,3	92,3
1986	88,8	81,6	86,5	68,7	94,1	69,1	82,0	74,8	92,1
1987	89,4	81,8	86,7	67,9	94,3	69,8	82,1	74,9	92,1
1988	90,0	81,4	86,9	69,1	94,5	70,9	82,3	75,5	92,9
1989	90,5	81,6	87,2	69,9	94,3	72,4	82,5	76,4	93,4
1990	91,1	81,2	87,6	70,3	94,4	73,7	82,8	77,4	93,6
1991	91,6	80,4	88,0	69,2	94,8	74,3	83,5	78,6	93,4
1992	91,8	79,9	88,4	74,1	94,0	73,4	83,6	79,5	93,1
1993	92,0	79,0	88,7	73,4	93,9	73,4	83,5	80,6	93,5
1994	92,3	78,9	89,0	72,0	93,6	73,5	83,4	81,1	94,2
1995	92,5	78,6	89,2	71,7	93,5	74,3	83,5	81,5	95,2
1996	92,0	78,6	89,3	71,8	93,7	74,6	83,5	82,1	95,8

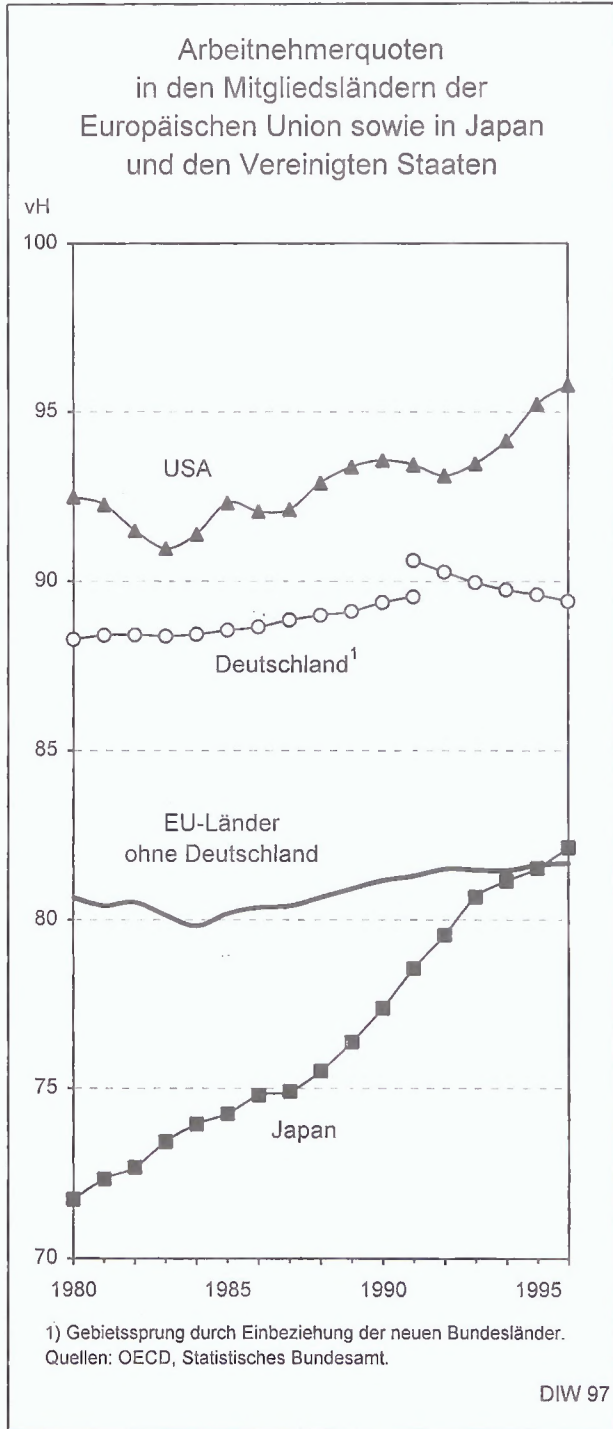
¹⁾ Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen. — ²⁾ 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet.
Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt.

gesetze aus der Franco-Zeit durch Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien ersetzt; zudem sind die Arbeitszeiten flexibilisiert, die Teilzeitarbeit gefördert und zusätzliche Lehrstellen mit reduzierten Eingangsvergütungen geschaffen worden⁷. Allerdings bewegt sich die Arbeitnehmerquote in Spanien nach wie vor unter dem Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer. Die spanische Arbeitslosenquote ist die höchste in der Union (1996: 22 vH); von den 20- bis

24jährigen Erwerbspersonen sind in Spanien 40 vH ohne Beschäftigung (Deutschland: 9 vH). In Griechenland ist die Arbeitnehmerquote ebenfalls deutlich gestiegen, sie ist aber noch immer niedriger als in allen anderen EU-Staaten.

⁷ Vgl. Spaniens Wirtschaft im Vorfeld der EU — Hohe Arbeitslosigkeit erfordert dynamisches Wachstum. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/97, S. 190 ff.

Abbildung 1



In den Nordstaaten der Europäischen Union ist die Zahl der Arbeitnehmer in der ersten Hälfte der neunziger Jahre rezessionsbedingt stark zurückgegangen, während die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich zugenommen hat. Immerhin blieb die Arbeitslosenquote in Schweden unter

dem Durchschnitt der EU-Länder, doch in Finnland kletterte sie auf Platz zwei innerhalb der EU-Mitgliedsländer.

In drei Staaten der Europäischen Union — Großbritannien, den Niederlanden und Belgien — war der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im vergangenen Jahr geringer als sechzehn Jahre zuvor. In Großbritannien hat die Arbeitnehmerquote allerdings nur in den achtziger Jahren abgenommen. In den neunziger Jahren ist sie wieder gestiegen⁸, und die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück⁹. In den Niederlanden reduzierte sich die Arbeitnehmerquote bis zur Mitte der neunziger Jahre; seit dieser Zeit stagniert sie. Die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden hat bis 1992 abgenommen — allerdings ist die Zahl der Arbeitnehmer dort überwiegend durch vermehrte Teilzeitbeschäftigung gestiegen; neue Arbeitsplätze sind kaum entstanden¹⁰.

Japan und USA

In Japan expandierte die Arbeitnehmerquote in den letzten Jahrzehnten stark; inzwischen bleibt sie nur noch wenig hinter dem Durchschnitt in den EU-Mitgliedsländern zurück. In den USA liegt die Arbeitnehmerquote seit langem erheblich über diesem Durchschnitt; sie ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Dort sind zahlreiche Arbeitsplätze — vor allem im privaten Dienstleistungsbereich — geschaffen worden; die Arbeitslosigkeit sank beträchtlich. Auf einem Teil der neuen Arbeitsplätze werden aber nur vergleichsweise geringe Verdienste erzielt¹¹ — der Anteil der Vollzeitbeschäftigten mit „Niedriglohn-Jobs“, also solchen mit Einkünften von weniger als zwei Dritteln des Durchschnittslohns, ist mit 25 vH in den USA erheblich höher als etwa in Japan (16 vH), Großbritannien (20 vH) und in Deutschland (13 vH). US-Arbeitnehmer, deren Löhne oder Gehälter unter der Armutsschwelle liegen („working poor“), erhalten allerdings über den „earned income tax credit“ (einer negativen Einkommensteuer vergleichbar) Zuschüsse vom Staat¹².

⁸ Vgl. Konjunkturelle Abschwächung auch in Großbritannien — aber bedeutsame Arbeitsmarkterfolge. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/96, S. 179 ff.

⁹ Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in ausgewählten europäischen Industriestaaten sowie in den USA und Neuseeland ist ausführlich in der jüngsten „Gemeinschaftsdiagnose“ der Wirtschaftsforschungsinstitute beschrieben worden. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/97, S. 809 ff.

¹⁰ Vgl. Die Niederlande: Beschäftigungspolitische Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/97, S. 259 ff. — Reinhard Pohl: Die Niederlande: Beschäftigungspolitische Vorbild für Deutschland? Vortrag auf der Beschäftigungskonferenz Brandenburg am 15. Oktober 1997 im Tagungshaus Hermannswerder.

¹¹ Vgl. Kräftiges Wachstum und hohe Beschäftigung in den USA. Bearb.: Gustav-Adolf Horn. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 5/96, S. 81 ff.

¹² Vgl. Carsten Rolle: US-Kombi-Einkommen — ein Beispiel für Deutschland? In: Arbeitgeber, Heft 19/1997, S. 608 ff.

Tabelle 2

Standardisierte Arbeitslosenquoten¹⁾ in den Mitgliedsländern der Europäischen Union
in vH

Jahr	Belgien	Dänemark	Deutschland ²⁾	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Irland	Italien
1980			2,9		6,2		6,4		
1981			4,2		7,4		9,8		
1982	10,1		5,9		8,1		11,3	11,5	6,8
1983	11,1		7,7		8,3		12,4	14,0	7,7
1984	11,1		7,1	5,9	9,7		11,7	15,5	8,1
1985	10,4		7,1	6,0	10,2		11,2	16,9	8,4
1986	10,3		6,4	6,7	10,4		11,2	16,8	9,2
1987	10,0		6,2	4,9	10,5		10,3	16,6	9,9
1988	8,9	6,1	6,2	4,4	10,0		8,6	16,1	10,0
1989	7,5	7,4	5,6	3,3	9,4		7,2	14,7	10,0
1990	6,7	7,7	4,8	3,2	8,9		6,9	13,4	9,1
1991	6,6	8,5	5,6	7,2	9,4		8,8	14,8	8,8
1992	7,3	9,2	6,6	12,4	10,3		10,1	15,4	9,0
1993	8,9	10,1	7,9	16,9	11,7		10,4	15,6	10,3
1994	10,0	8,2	8,4	17,4	12,3		9,6	14,3	11,4
1995	9,9	7,2	8,2	16,2	11,6		8,7	12,3	11,9
1996	9,8	6,9	8,9	15,3	12,4		8,2	11,8	12,0

Jahr	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien	EU-Länder zusammen	Nachrichtlich: Japan	USA
1980							6,4	2,0	7,0
1981							8,1	2,2	7,5
1982	3,0	8,2			3,5	15,3	9,4	2,4	9,5
1983	3,5	9,7		7,8	3,9	17,5	10,0	2,7	9,5
1984	3,1	9,3		8,5	3,4	20,3	10,4	2,7	7,4
1985	2,9	8,3		8,7	3,0	21,7	10,5	2,6	7,1
1986	2,6	8,3		8,4	2,8	21,2	10,5	2,8	6,9
1987	2,5	8,0		6,9	2,3	20,6	10,2	2,8	6,1
1988	2,0	7,5		5,5	1,9	19,5	9,6	2,5	5,4
1989	1,8	6,9		4,9	1,6	17,2	8,7	2,3	5,2
1990	1,7	6,2		4,6	1,8	16,2	8,1	2,1	5,6
1991	1,7	5,8		4,0	3,3	16,4	8,5	2,1	6,8
1992	2,1	5,6		4,2	5,9	18,5	9,4	2,2	7,5
1993	2,7	6,6	4,0	5,7	9,5	22,8	10,9	2,5	6,9
1994	3,2	7,1	3,8	7,0	9,8	24,1	11,3	2,9	6,0
1995	2,9	6,9	3,9	7,3	9,2	22,9	11,0	3,1	5,5
1996	3,3	6,3	4,4	7,3	10,0	22,1	10,9	3,4	5,4

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen, standardisiert nach dem OECD-Verfahren. — ²⁾ 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet.
Quelle: OECD.

Entwicklung der Lohnquote

Deutschland

In Deutschland hat sich der Anstieg des Anteils der Arbeitnehmer an der Zahl der westdeutschen Erwerbstätigen, der bis in die frühen neunziger Jahre zu verzeichnen war, in der primären Einkommensverteilung nicht niedergeschlagen. Während die Arbeitnehmerquote von 1980

(88,3 vH) bis 1992 (89,6 vH) um reichlich einen vH-Punkt zunahm, ging die gesamtwirtschaftliche Lohnquote — als Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit an der Wertschöpfung¹³ berechnet — in diesem Zeitraum von

¹³ Mitunter wird das Einkommen aus unselbständiger Arbeit auch auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen, das außer den Primäreinkommen die Abschreibungen sowie den Saldo von indirekten Steuern und Subventionen umfaßt.

Tabelle 3

Lohnquoten¹⁾ in den Mitgliedsländern der Europäischen Union
in vH

Jahr	Belgien	Dänemark	Deutschland ²⁾	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Irland	Italien
1980	71,9	81,4	75,9	72,4	74,9	38,0	79,6	71,8	57,8
1981	72,3	81,1	76,8	74,3	75,4	38,6	80,0	70,9	59,1
1982	70,8	79,1	76,7	73,1	75,9	39,9	77,6	69,4	58,7
1983	70,0	78,2	74,7	72,8	75,5	41,0	75,5	69,1	58,4
1984	68,9	76,6	73,7	72,7	74,5	40,8	75,0	66,6	56,8
1985	67,8	76,6	73,2	74,6	73,6	41,5	74,0	64,9	56,7
1986	67,3	77,3	72,3	75,1	71,1	39,9	75,0	65,6	55,1
1987	66,9	80,6	72,8	75,3	70,6	39,9	73,7	64,6	55,1
1988	65,3	80,1	71,7	74,9	69,8	40,2	73,6	61,1	55,0
1989	63,6	78,6	71,0	74,9	68,9	42,2	74,0	59,9	55,3
1990	64,9	78,0	70,4	77,5	69,8	43,4	75,5	58,9	56,8
1991	66,3	77,7	73,1	82,5	70,0	40,8	76,7	60,0	57,3
1992	66,6	76,9	73,9	80,4	70,1	39,7	75,2	60,7	57,6
1993	66,6	76,1	74,2	75,2	70,7	38,4	72,9	59,6	57,2
1994	65,9	75,0	72,4	71,8	69,5	39,0	71,3	59,3	54,8
1995	65,3	75,1	71,6	71,0	69,8	40,2	71,2	56,7	53,1
1996	64,6	74,9	70,5	71,2	70,2	41,7	70,8	56,4	53,5

Jahr	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien	EU-Länder zusammen	Nachrichtlich: Japan USA	
1980	80,7	73,2	73,2	56,2	82,8	61,0	71,9	66,6	72,9
1981	82,3	71,6	75,0	57,6	83,5	61,9	72,5	67,8	72,5
1982	78,4	70,9	73,3	58,2	80,5	60,5	71,6	68,5	74,3
1983	77,4	68,9	72,2	57,5	79,1	60,5	70,5	69,3	72,6
1984	76,1	66,1	72,1	55,3	77,8	57,3	69,1	68,9	71,5
1985	77,7	65,1	72,1	53,4	78,7	58,0	68,7	67,7	71,6
1986	75,0	66,4	71,9	52,7	79,2	57,7	67,9	67,4	71,8
1987	78,2	68,3	72,1	52,3	80,1	57,4	67,9	67,6	72,3
1988	74,7	67,8	70,7	52,6	80,0	57,4	67,3	66,9	72,4
1989	73,7	65,8	70,5	52,6	81,5	57,7	66,9	67,3	71,3
1990	77,6	65,5	70,0	54,2	84,2	59,2	67,6	67,9	71,7
1991	80,7	66,0	70,7	57,1	83,5	60,3	68,7	68,6	72,3
1992	80,0	67,3	71,7	58,8	80,9	60,9	68,8	69,8	72,1
1993	79,0	67,8	72,6	56,0	78,7	60,7	68,7	70,8	71,6
1994	76,3	65,8	70,9	55,3	76,2	58,5	67,1	72,3	71,3
1995	77,0	66,9	69,9	55,0	72,9	56,7	66,6	73,5	71,3
1996	76,7	66,6	69,0	55,9	75,3	58,2	66,3	71,8	71,1

¹⁾ Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit an der Nettowertschöpfung. — ²⁾ 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet.
Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

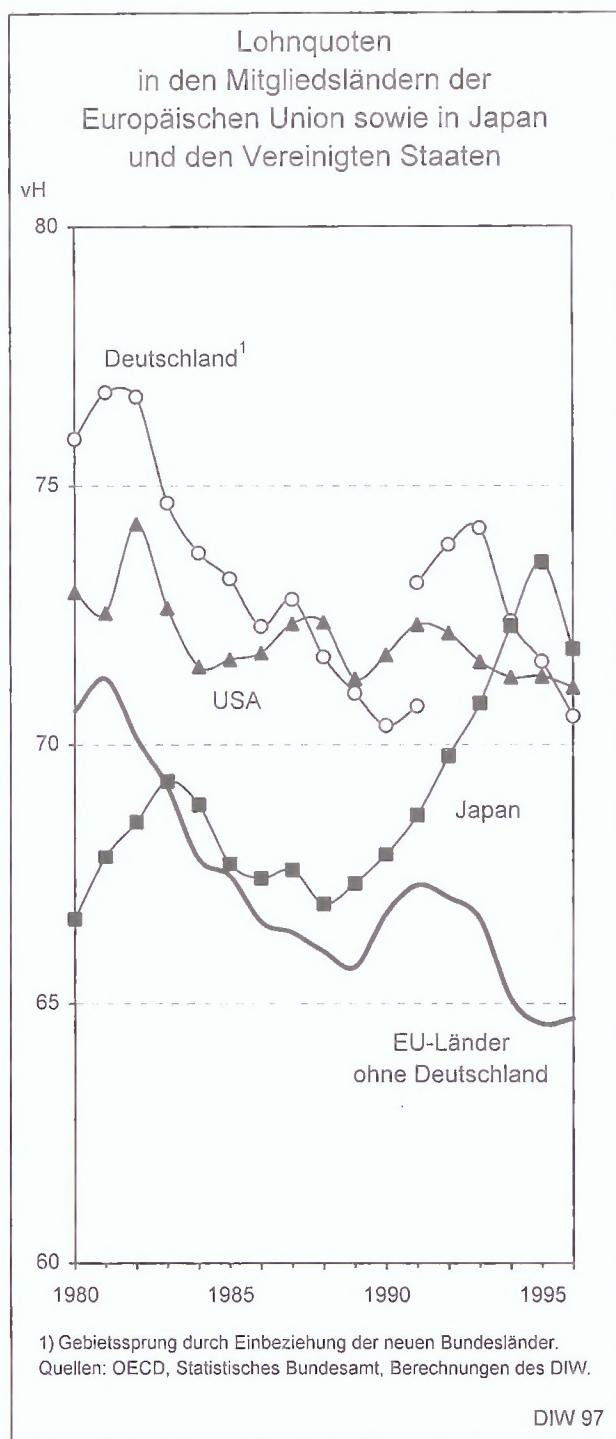
75,9 vH um 4 vH-Punkte auf 71,8 vH, zurück. Seit Anfang der achtziger Jahre sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (+120 vH) erheblich stärker als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (+78 vH) gestiegen¹⁴. Bis 1996 dürfte die westdeutsche Lohnquote weiter — auf schätzungsweise¹⁵ 69 vH — gesunken sein.

In den neuen Bundesländern übertrafen die Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu Beginn des Transforma-

¹⁴ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau und Peter Krause: Einkommens- und Vermögensverteilung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit seit dem Anfang der achtziger Jahre. Gutachten des DIW im Auftrag der Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH, Berlin 1997 (als Manuskript vervielfältigt).

¹⁵ Seit 1995 gibt es in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keinen getrennten Einkommensnachweis für West- und Ostdeutschland mehr.

Abbildung 2



tionsprozesses die dortige Wertschöpfung; 1991 betrug die ostdeutsche Lohnquote 100,8 vH. Bis 1996 reduzierte sie sich auf schätzungsweise 83 vH, doch haben nach wie vor vergleichsweise hohe Löhne bei geringer Produktivität eine ungünstige Gewinnsituation vieler ostdeutscher

Betriebe zur Folge¹⁶. Die gesamtdeutsche Lohnquote reduzierte sich von 73,1 vH (1991) auf 70,5 vH.

Übrige Länder der Europäischen Union

Auch in nahezu allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union zeigt die gesamtwirtschaftliche Lohnquote eine rückläufige Tendenz. Stark abgenommen hat die Quote in den letzten Jahrzehnten in Irland und Großbritannien, Schweden, Belgien, den Niederlanden und Dänemark, während sie in Finnland, Spanien und Portugal im vergangenen Jahr den Stand von 1980 vergleichsweise wenig unterschritt. Griechenland ist der einzige Mitgliedsstaat der Europäischen Union, in dem die Lohnquote im vergangenen Jahr höher ausfiel als am Anfang der achtziger Jahre; sie ist dort aber noch immer niedriger als in allen übrigen Mitgliedsländern.

Japan und USA

In Japan hat die Lohnquote unter Schwankungen zugenommen — augenfällig in der zweiten Hälfte der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre. 1995 hat es einen „Einbruch“ gegeben, doch 1996 setzte sich der Aufwärtstrend fort. In den Vereinigten Staaten war die Lohnquote tendenziell rückläufig; doch fiel der Rückgang deutlich schwächer aus, als im Durchschnitt für die EU-Länder berechnet wurde.

Entwicklung der Arbeitseinkommensquote

Zu einem Teil resultiert die Entwicklung der Lohnquote aus Strukturverschiebungen, die sich in der Erwerbstätigkeit vollzogen haben. Mitunter wird versucht, diesen Effekt mit einer „bereinigten“ Lohnquote zu berücksichtigen — prima facie ein plausibler Ansatz, aber methodisch unzulänglich. Dies zeigt sich, wenn man analog zur bereinigten Lohnquote eine bereinigte Gewinnquote berechnet: Beide Quoten addieren sich in der Regel nicht zu Eins. Deshalb wurde das Konzept der Arbeitseinkommensquote entwickelt, bei deren Berechnung neben dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit ein kalkulatorisches Arbeitseinkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen¹⁷ unterstellt wird. Auf diese Weise wird ver-

¹⁶ Vgl. Weitere Annäherung der Arbeitseinkommen in Ost- und Westdeutschland — ostdeutsche Lohnstückkosten nach wie vor über Westniveau. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 7/97, S. 119 ff.

¹⁷ In welcher Höhe man das Arbeitseinkommen der Selbständigen und Mithelfenden ansetzt, liegt a priori nicht fest. Hier wird jedem von ihnen das Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer zugerechnet. In diesem Fall gibt die Arbeitseinkommensquote an, in welchem Verhältnis das Arbeitseinkommen je Erwerbstätigen zur durchschnittlichen Wertschöpfung steht.

Tabelle 4

Arbeitseinkommensquoten¹⁾ in den Mitgliedsländern der Europäischen Union
in vH

Jahr	Belgien	Dänemark	Deutschland ²⁾	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien und Nordirland	Irland	Italien
1980	86,1	95,8	86,0	89,5	88,9	76,5	87,0	96,3	77,8
1981	86,9	95,3	86,9	91,4	89,4	80,2	88,1	94,0	79,6
1982	85,4	92,3	86,8	89,8	89,6	81,3	85,9	92,2	78,5
1983	84,9	90,9	84,5	89,3	88,9	84,8	84,3	92,8	78,8
1984	83,8	88,5	83,3	89,4	87,6	83,1	84,9	89,6	77,0
1985	82,5	87,9	82,7	91,7	86,1	84,1	84,1	87,0	76,0
1986	82,0	88,2	81,5	92,3	83,0	81,0	85,6	86,8	73,8
1987	81,5	91,6	81,9	91,4	82,2	80,0	85,0	86,5	73,3
1988	79,6	90,9	80,5	90,0	81,0	79,7	85,3	82,4	72,7
1989	77,5	88,7	79,7	90,2	79,5	82,1	86,7	81,5	72,5
1990	79,0	87,6	78,7	93,4	80,1	82,9	88,4	80,4	74,5
1991	80,0	87,0	80,7	99,3	80,1	76,8	89,4	80,4	75,3
1992	81,5	86,1	81,8	97,0	79,9	75,5	87,3	79,8	75,4
1993	82,0	85,2	82,4	91,2	80,3	72,2	84,6	78,1	74,9
1994	81,5	83,8	80,6	87,5	78,7	73,2	83,0	77,2	71,6
1995	80,8	83,7	79,9	86,8	78,7	74,7	82,7	73,9	69,6
1996	80,1	83,3	78,9	86,6	79,0	76,7	82,0	74,1	70,6

Jahr	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Schweden	Spanien	EU-Länder zusammen	Nachrichtlich: Japan USA	
1980	93,7	88,5	85,8	84,5	90,4	89,6	87,5	92,9	78,9
1981	94,6	86,8	87,8	85,1	90,7	91,2	88,4	93,8	78,6
1982	89,9	86,7	85,7	84,4	87,7	88,9	87,2	94,3	81,2
1983	88,8	84,7	84,4	83,6	85,8	89,7	86,2	94,4	79,8
1984	87,0	81,6	83,9	81,9	84,1	85,7	84,8	93,1	78,2
1985	88,0	79,7	83,7	78,9	83,7	86,0	84,0	91,2	77,6
1986	84,4	81,4	83,2	76,7	84,2	83,5	82,8	90,1	78,0
1987	87,5	83,5	83,2	77,1	84,9	82,3	82,7	90,2	78,5
1988	82,9	83,3	81,3	76,2	84,7	80,9	81,8	88,6	77,9
1989	81,4	80,6	80,8	75,2	86,4	79,6	81,1	88,2	76,3
1990	85,2	80,6	80,0	77,1	89,2	80,3	81,6	87,8	76,6
1991	88,1	82,1	80,4	82,5	88,1	81,1	82,3	87,4	77,4
1992	87,1	84,2	81,1	79,3	86,1	83,0	82,3	87,7	77,5
1993	85,8	85,9	81,9	76,4	83,9	82,7	82,2	87,8	76,6
1994	82,7	83,5	79,7	76,8	81,4	79,5	80,4	89,1	75,7
1995	83,3	85,0	78,3	76,7	78,0	76,3	79,7	90,2	74,9
1996	83,4	84,8	77,3	77,9	80,3	78,1	79,4	87,5	74,2

¹⁾ Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit zuzüglich kalkulatorischer Arbeitseinkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen (Durchschnittseinkommen wie Arbeitnehmer) an der Nettowertschöpfung. — ²⁾ 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet.

Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

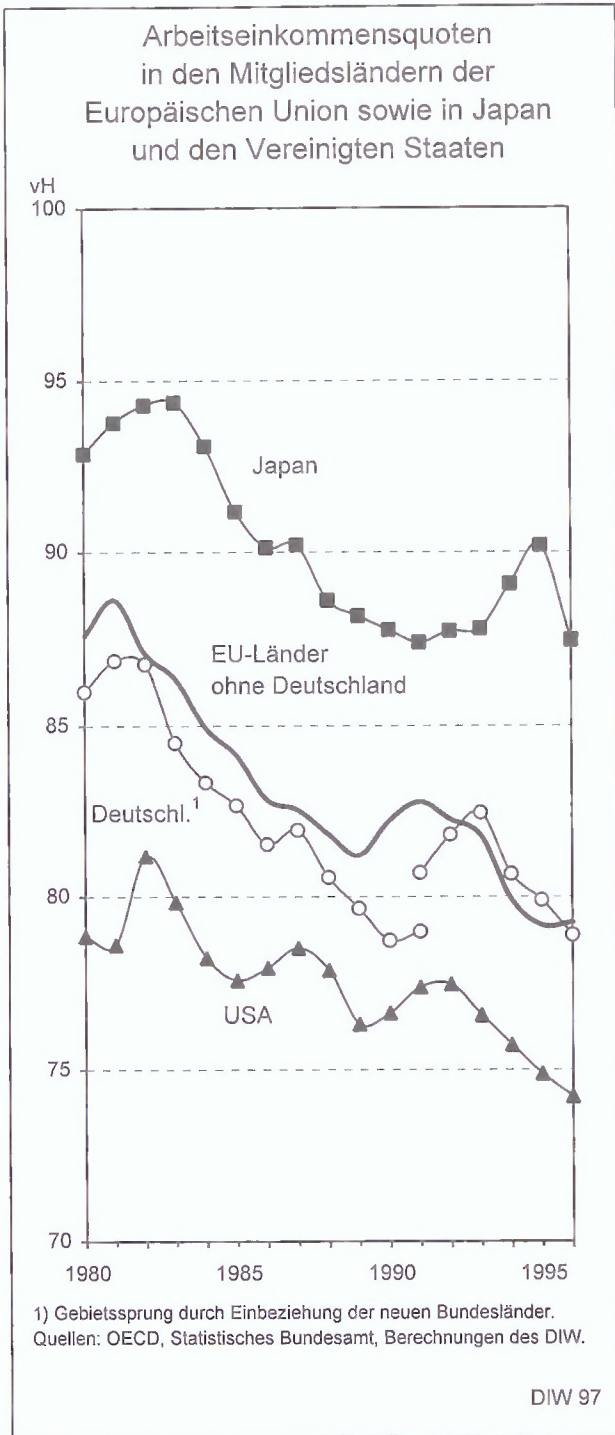
sucht, das gesamte Entgelt des Produktionsfaktors Arbeit zu erfassen.

Deutschland

Die westdeutsche Arbeitseinkommensquote zeigt ebenso wie die Lohnquote eine abnehmende Tendenz. Sie ist noch stärker als die Lohnquote zurückgegangen: 1992

war der Anteil der Arbeitseinkommen mit 80,1 vH um fast 6 vH-Punkte geringer als 1980; die Lohnquote ist — wie erwähnt — „nur“ um 4 vH-Punkte gesunken. In Gesamtdeutschland fiel der Anteil der Wertschöpfung, der dem Produktionsfaktor Arbeit zuzurechnen ist, im vergangenen Jahr mit 78,9 vH um fast 2 vH-Punkte niedriger aus als 1991.

Abbildung 3



Übrige Länder der Europäischen Union

In fast allen anderen EU-Mitgliedsländern war die Arbeitseinkommensquote im vergangenen Jahr gleichfalls niedriger als 1980. Besonders stark ist sie in Irland, Portugal und Spanien geschrumpft. In den Niederlanden und Finnland reduzierte sich die Arbeitseinkommensquote vergleichsweise wenig. In Griechenland fiel sie 1996 — nach einem Auf und Ab im Zeitverlauf — geringfügig höher aus als 1980.

Japan und USA

In Japan ist die Arbeitseinkommensquote seit 1980 unter Schwankungen zurückgegangen, allerdings fiel die Abnahme schwächer aus, als im Durchschnitt für die EU-Länder berechnet wurde. Nach wie vor ist der Anteil der Arbeitseinkommen an der Wertschöpfung in Japan höher als in Europa. In den USA sank die Arbeitseinkommensquote vergleichsweise wenig; hier lag sie stets unter dem EU-Durchschnitt.

Fazit

Der Rückgang, den es beim Anteil der Arbeitseinkommen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gegeben hat, war nicht auf Deutschland beschränkt. In allen anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union — mit Ausnahme Griechenlands — ist die Entwicklung ähnlich verlaufen; auch in Japan und in den Vereinigten Staaten hat die Arbeitseinkommensquote — wenn auch wesentlich schwächer als in Europa — im Laufe der Zeit abgenommen. In allen diesen Ländern ist das Durchschnittseinkommen aus unselbständiger Arbeit (und damit auch das für die Arbeitsleistung der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen unterstellte Einkommen) geringer als die Wertschöpfung je Erwerbstätigen gestiegen. Das bedeutet, daß die Gewinn- und Vermögenseinkommen dort stärker als diejenigen Einkommen expandierten, die durch die Arbeitsleistung der Erwerbstätigen entstanden sind.

Erstaunlich ist, daß der Rückgang der Arbeitseinkommensquote in den Ländern besonders stark ausfiel, in denen die Arbeitslosigkeit stark gestiegen ist. Nach der häufig vertretenen Auffassung, daß die Reallöhne entscheidend für die Beschäftigung sind, hätte es umgekehrt sein müssen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schreißl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Wirtschaftspolitik in Frankreich mit neuen Akzenten — Entschärfung der Arbeitsmarktkrise durch beschäftigungspolitische Doppelstrategie. Bearbeitet von Joachim Volz. —
Anteil der Arbeitseinkommen in fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union seit 1980 rückläufig. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.
Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304